

Parlamentssitzung vom 7. Mai 2007

Bericht und Antrag
des Gemeinderates an das Parlament
betreffend

Änderung Art. 9 Abs. 2 des Lohnreglements

1. Ausgangslage

Mit der dringlichen Motion CVP betr. Teuerungsausgleich des Könizer Gemeindepersonals wurde ein Problem identifiziert, mit dem sich auch der Gemeinderat bereits beschäftigt hat. Die Motionäre beanstanden, dass der für den Teuerungsausgleich als bisherige Grundlage geltende Stand des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) des Novembers sich in den letzten Jahren nicht bewährt hat. Anders als die Motionäre, sieht der Gemeinderat das Problem jedoch nicht bei der Bemessungsgrundlage LIK, sondern darin, dass der *November-Index* für die Budgetierung zu spät zur Verfügung steht.

Dafür, dass die Bemessungsgrundlage LIK beibehalten wird, sprechen folgende Gründe:

- Der LIK stellt für viele Bereiche, bei denen es um finanzielle Anpassungen aufgrund der Teuerungsentwicklung geht, eine anerkannte Bemessungsgrundlage dar (Alimente, Mietzinsberechnungen usw.).
- Die heutige Praxis, den Teuerungsausgleich auf die Indexentwicklung der vorangegangenen 12 Monate abzustützen, hat den Vorteil, dass die Bemessungsgrundlage - zwar vergangenheitsorientiert - dafür unbestritten ist. Prognosen können nie so genau sein wie die tatsächlich festgestellte Entwicklung des vergangenen Jahres. So beträgt z.B. die Abweichung zwischen den Herbstprognosen des realen Wirtschaftswachstums für das Folgejahr und dem effektiven Wachstum im Folgejahr in der Periode 2002 - 2006 im Durchschnitt 0.98 Prozentpunkte jährlich.
- Alle grösseren Gemeinden der Region Bern (Stadt Bern, Biel, Thun, Langenthal, Burgdorf) verwenden als Bemessungsgrundlage für den Teuerungsausgleich ebenfalls die Entwicklung des LIK. Dabei stellen mit Ausnahme von Langenthal (Oktober) alle Gemeinden auf den Index des Monats November ab.

Der Gemeinderat sieht aus diesen Gründen keinen Bedarf an einer Änderung der Bemessungsgrundlage.

Hingegen hat sich der *November-Index* nicht bewährt, weil er naturgemäss erst anfangs Dezember zur Verfügung steht. Dies führt in der heutigen Praxis dazu, dass bei der Budgetierung von Annahmen ausgegangen werden muss, die in der Vergangenheit oft nicht eintrafen. Wie die Motionäre richtig bemerken, ging das Budget für das Jahr 2007 z.B. von einem Teuerungsausgleich von 1% aus. Aufgrund des Indexstandes von November wurde der Ausgleich dann kurzfristig halbiert, was eine Budgetentlastung von rund 350'000.00 ergab. Im Vorjahr ging die kurzfristige Anpassung jedoch in die andere Richtung: Budgetiert wurden 0.5% und der Stand des Novemberindex gab 1.0% vor. Der Gemeinderat entschied damals für einen Teuerungsausgleich per 1.1.2006 von 1.0%. Dies führte zu den bekannten Unstimmigkeiten zwischen Parlament und Gemeinderat, die auch die Aufmerksamkeit der Medien erregten, was in Zukunft vermieden werden sollte.

2. Änderung Art. 9 Abs. 2 des Lohnreglements

Damit der Teuerungsausgleich bereits für das Budget 2008 genauer budgetiert werden kann, schlägt der Gemeinderat einen schnellen Wechsel von der Bemessungsgrundlage des November-Index hin zum Juni-Index vor. Damit könnten die Kosten eines allfälligen Teuerungsausgleichs bereits anfangs Juli berechnet und budgetiert werden.

Der Wechsel kann durch eine Änderung von Art. 9 Abs. 2 Lohnreglement vorgenommen werden. Dieser lautet heute wie folgt: "Grundlage für den Ausgleich bildet der Indexstand im vorhergehenden November". In diesem Absatz soll "November" durch "Juni" ersetzt werden.

Erstmals würde damit die Differenz zwischen dem Indexstand von November 2006 und Juni 2007 den Teuerungsausgleich für das Personal der Gemeinde Köniz per 1.1.2008 vorgeben. Der Teuerungsausgleich per 1.1.2009 leitet sich ab aus der Entwicklung des LIK zwischen Juni 2007 und Juni 2008, usw..

3. Antrag

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

Beschlussesentwurf

1. In Art. 9 Abs. 2 des Lohnreglements wird "November" ersetzt durch "Juni".
2. Die Änderung tritt am 1. Juni 2007 in Kraft.

Köniz, 7. März 2007

Der Gemeinderat